

Wie ist das Verhältnis zwischen Partei und Staatsmacht?

Genosse Heinz Otto aus Dresden schrieb uns, daß in seinem Zirkel, als das zweite Thema des Partei Lehrjahres behandelt wurde, keine Klarheit darüber erzielt werden konnte, welche Wechselbeziehungen zwischen unserem Staatsapparat und der Sozialistischen Einheitspartei bestehen. Heftige Diskussionen löste die Meinung eines Genossen aus, die Staatsmacht sei das ausführende Organ der Partei, da ja die Staatsorgane in erster Linie die Beschlüsse der Partei durchzuführen hätten. — Richtig dagegen ist, daß die Staatsmacht in der DDR das Hauptinstrument der Arbeiterklasse und der Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus ist.

Wer hat bei uns die Macht?

Die Macht wird bei uns von der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen ausgeübt. Das kommt darin zum Ausdruck, daß in der DDR ein ganzes System der demokratischen Leitung besteht. Die wichtigsten Organe in diesem System sind die der staatlichen Leitung, die Volksvertretungen mit ihren Kommissionen, die Räte der Gemeinden, Kreise und Bezirke und die Volkskammer, das höchste Organ unserer Volksmacht. Dazu gehören weiter die Gewerkschaften, die FDJ und die anderen Massenorganisationen, deren gewählte Leitungen in den Betrieben, in den LPG sowie in den örtlichen Bereichen in enger Zusammenarbeit in der Nationalen Front die Interessen der Werktätigen wahrnehmen und die mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft mehr und mehr Aufgaben der Staatsmacht übernehmen.

Dieser gesellschaftliche Organismus als Ganzes, in dem unsere Partei die führende Kraft ist, das ist die Arbeiter-und-Bauern-Macht, und sie verkörpert die Aktivität und die Initiative der Massen.

Mit Hilfe dieser unserer Staatsmacht wurden bei uns die Grundlagen des Sozialismus geschaffen. Gegenwärtig sind

die wichtigsten Aufgaben unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, den Frieden zu sichern, den Aufbau des Sozialismus zu vollenden, den Wohlstand der Bevölkerung maximal zu erhöhen und günstige Voraussetzungen zu schaffen für eine friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands. Das entspricht den Grundinteressen eines jeden Bürgers der DDR. Deshalb gibt es objektiv keinen Widerspruch zwischen den Interessen der Bürger und der Politik unseres Staates. Diese Tatsache erklärt auch, warum unsere Werktätigen in vielfältigen Formen — in Produktionsberatungen, ökonomischen Konferenzen, bei der Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge, in Versammlungen zur Vorbereitung des VI. Deutschen Bauernkongresses, in den Ausschüssen der Nationalen Front, in den Massenorganisationen usw. — mitplanen, mitarbeiten und mitregieren. „Die Mitwirkung an der bewußten Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen, kulturellen und vor allem politisch-staatlichen Lebens unserer Republik ist... das entscheidende, grundlegende Recht der Bürger unserer Republik.“¹⁾

Alle Organe der Staatsmacht in der DDR haben die Interessen der Werktätigen zu verwirklichen. Sie stützen sich hierbei auf die Mitarbeit der Werktätigen selbst, indem sie immer mehr Menschen in die staatliche Tätigkeit einbeziehen. Die Werktätigen kontrollieren ihre Staatsmacht, denn die staatlichen Organe sind den gewählten Volksvertretungen für ihre Tätigkeit voll verantwortlich und diese sind wiederum rechenschaftspflichtig gegenüber der Bevölkerung. Auch die soziale Zusammensetzung der Mitarbeiter des Staatsapparates und der Volksvertretungen — es sind zum überwiegenden Teil Arbeiter und andere Werktätige — beweist, in wessen Händen sich die Macht in der DDR befindet.

Die Rolle der Partei

Die Feinde des Sozialismus verleumden unseren Staat. Sie behaupten zum Bei-

¹⁾ Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, Dietz Verlag, 1960, S. 40